

öffentlich

## **Vorlage zur Behandlung im Verwaltungs- und Finanzausschuss**

Sitzung am 28.11.2016

### **TOP 5: Vorberaterung des Haushaltsentwurfs 2017 und des Wirtschaftsplanes 2017 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken"**

#### A. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen,

- a) die Haushaltssatzung 2017, mit den seit der Aufstellung bekannt gewordenen Änderungen, zu beschließen
- b) den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Immobilien der Kreiskliniken“ zu beschließen

Anlagen:



**öffentlich**

## **Vorberatung des Haushaltsentwurfs 2017 und des Wirtschaftsplanes 2017 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken"**

### **1. Vorbemerkungen**

Der Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 wurde im Kreistag am 24.10.2016 eingebracht. Nach den Vorberatungen in den Ausschüssen sind für den 12.12.2016 im Kreistag die öffentliche Beratung sowie die Verabschiedung der Haushaltssatzung vorgesehen.

### **2. Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss**

Die Eckdaten des Haushalts 2017 und die wesentlichen Aufgaben bzw. Vorhaben wurden bei der Einbringung des Haushalts in der Sitzung des Kreistags am 24.10.2016 vorgetragen und sind im Vorbericht ausführlich erläutert.

In die Zuständigkeit des Verwaltungs- und Finanzausschuss (VF) fallen die nachfolgend dargestellten Teile des Haushalts:

#### **Kämmerei- und Liegenschaftsamt, Amt 14                      Seite 86**

Investitionsübersicht	Seite 87 – 88
Investitionsübersicht Schulgebäude	Seite 181 - 185
Produktgruppen	Seite 89 - 99
Vorbericht	Seite 16 – 19

#### **Gebäudebewirtschaftung**

Die gesamten Bewirtschaftungskosten (Heizung, Strom, Wasser, Müll, Reinigung, Versicherungen etc.) für das Jahr 2017 orientieren sich am Zwei-Jahres-Durchschnitt der Jahre 2014 und 2015 zzgl. der 2015 neu hinzugenommenen Gebäude aus dem allgemeinen Grundvermögen, dem Postgebäude in Balingen und der Gebäude in der Weilheimer Straße in Hechingen.

#### **Gebäudeunterhaltung**

Im Ergebnishaushalt sind im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 1.608.000 € für die Gebäudeunterhaltung vorgesehen. Der Großteil der veranschlagten Mittel ist -wie schon in den vergangenen Jahren- für die Kreisschulen eingeplant. Bei der Kreissporthalle in Albstadt sind Kosten in Höhe von ca. 580.000 € für die notwendige Dach- und Fassadensanierung sowie den Austausch der Geräteraumtore veranschlagt.

Auch die fixen Kosten für die allgemeine Gebäudeunterhaltung sind entsprechend der Anzahl und dem Alter der Gebäude wieder leicht angestiegen. Immer mehr Vorschriften für die Prüfung und Wartung von sicherheitsrelevanten Bauteilen sorgen für stetig wachsende Ausgaben. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr beträgt 34.000 € bzw. 9,3%.



**öffentlich**

Investitionen

Für den 3. Bauabschnitt im Zentrum am Fürstengarten in Hechingen wurden vom Kreistag Mittel in Höhe von insgesamt 3.250.000 Mio. € bereitgestellt. Der Umbau für die Nachnutzung der verbliebenen Restflächen erfolgt in den Jahren 2016 und 2017. Für das Haushaltsjahr 2015 war eine Planungsrate mit 200.000 € berücksichtigt, im Haushaltsplan 2016 waren 2.300.000 € eingestellt und für 2017 waren die restlichen 750.000 € geplant. Da sich die Umbauarbeiten auf die Jahre 2016 und 2017 erstrecken und im Haushaltsjahr 2016 voraussichtlich nicht die ganzen 2.300.000 € zur Auszahlung anfallen werden, muss für 2017 ein geänderter Haushaltsplanansatz aufgenommen werden. Für die im Haushaltsjahr 2017 anfallenden Arbeiten inkl. Baunebenkosten und aufgeschobene Restarbeiten aus dem 2. Bauabschnitt werden Haushaltsmittel in Höhe von 2.200.000 € benötigt und im Haushaltsplan eingestellt. Insgesamt ergibt sich dadurch jedoch keine Erhöhung des bewilligten Gesamtbudgets von 3.250.000 €.

Für das Hauptgebäude des Landratsamtes sind im Haushaltsjahr 2017 für abschließende Renovierungsarbeiten Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € erforderlich. Hierbei handelt es sich ebenfalls nicht um eine Erhöhung des Budgets, sondern um einen „Übertrag“ von Mitteln für Arbeiten, die erst im Haushaltsjahr 2017 abgerechnet werden.

Beim Postgebäude in der Robert-Wahl-Straße 7 in Balingen sind für die Außenanlagen Mittel in Höhe von 20.000 € eingestellt. Damit sollen im Wesentlichen der mit den Jahren verwilderte Innenhof und die Bepflanzung im Eingangsbereich hergerichtet werden.

Bei den Kreisschulen sind für den 3. Bauabschnitt der Gebäudesanierung an der Kaufmännischen Schule in Hechingen 1.110.000 € eingestellt. Die Berufsschule in der Schloßackerstraße in Hechingen wurde 1971 errichtet und 1981 erweitert. Der ältere Gebäudeteil wurde von 2008 bis 2009 für ca. 2.500.000 € umfänglich saniert. Brandschutz-, Modernisierungs- und energetische Maßnahmen standen hier im Vordergrund. 2010 konnten im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung auch die Flachdächer der beiden „jüngeren“ Erweiterungsbauten sowie ein Teil der Außenanlage saniert werden. Eine Brandschau der Stadt Hechingen in 2012 zeigte weitere Sicherheitsmängel im Bereich der noch nicht sanierten Gebäudeteile auf. Diese Mängel wurden 2013 behoben - Kosten ca. 235.000 €.

Für die Jahre 2017 bis 2018 steht nun die abschließende Sanierung der Gebäudeteile aus 1981 an. Eine Modernisierung der naturwissenschaftlichen Bereiche, sowie der übrigen Klassenzimmer ist dringend geboten. Die nunmehr 35 Jahre alten und muffigen Teppichböden, dunkle Holzverkleidungen und schlechte Raumakustik machen das Lernen in diesen Räumen wenig attraktiv. Über die alten Fenster und die Betonfassade heizen wir die Umwelt und blasen unnötig viel CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre. Bereits die Sanierung der älteren Gebäudeteile brachte dem Landkreis eine Einsparung von ca. 50% Heizenergie. Die Aufgabe der Kreisverwaltung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um 90% zu reduzieren, kommen wir mit diesem Projekt wieder ein Stück näher. Die Sanierung der restlichen Gebäudeteile soll auf zwei Bauabschnitte aufgeteilt werden. Mit dem ersten Abschnitt soll bereits 2017 begonnen werden. Hierfür sind zunächst 1.110.000 € im Haushalt eingeplant.

An der Sprachheilschule in Balingen ist für den Bau einer Mensa eine erste Rate in Höhe von 80.000 € veranschlagt. Die Ganztageschule macht auch vor unserer Sprachheilschule in Balingen nicht halt. Bereits im letzten Jahr fanden erste Gespräche mit der Stadt Balingen



### öffentlich

bzgl. einer gemeinsamen Mensalösung statt. Unklar ist bis heute, ob die Stadt Balingen in den Räumlichkeiten der Grundschule Schmiden eine Mensa installieren wird, welche die Schüler der Sprachheilschule nutzen können, oder ob der Landkreis mit oder ohne Beteiligung der Stadt einen Neubau auf dem bestehenden Schulgelände errichtet. Die Neubaulösungen für einen solchen Bau belaufen sich auf ca. 650.000 – 700.000 €. Vorteil der Neubaulösung wäre auch die Nutzung der Räume für die Angebote einer Ganztagesbetreuung, welche aufgrund der bestehenden Raumnot in der jetzigen baulichen Situation nicht angeboten werden können.

Als eine der weiteren Schulbaumaßnahmen ist eine erste Investitionsrate in Höhe von 180.000 € für Brandschutzarbeiten in der Gewerblichen Schule in Balingen berücksichtigt. In der Jakob-Beuter-Straße in Balingen ist eine E-Tankstelle für Fahrräder geplant; dafür fallen Kosten in Höhe von 50.000 € an. Hinzu kommen 120.000 € für die Außenanlage (Neuveranschlagung von 2016) und 25.000 € für Einbaumöbel in den Fluren. An der Sprachheilschule in Balingen werden für zusätzliche Schüler-WC's 15.000 € benötigt. An der Rossentalschule in Albstadt-Truchelfingen sollen weitere Parkplätze entlang der Straße entstehen. Mit dieser Maßnahme wird die dortige Parkplatzsituation entspannt. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 38.000 €.

Zur Sicherung einer breiten und hochwertigen medizinischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich wurde erstmalig eine Million Euro zur Aktualisierung der Medizintechnik beim Zollernalb Klinikum in den Haushalt 2017 eingestellt. Damit soll die Beschaffung von medizinischen Großgeräten gefördert werden. Für den Abbruch des Hochhauses auf dem Klinikgelände in Balingen wurde eine Planungsrate von 25.000 € in 2017 und eine Verpflichtungsermächtigung von 475.000 € für 2018 eingeplant.

### **Forst – Forstamt Amt 16**

**Seite 107**

Produktgruppen	Seite 107
Vorbericht	Seite 22

Der Haushaltsplanansatz „Forstverwaltung“ umfasst nach dem letztjährigen Übergang des Nadelstammholzverkaufs der betreuten Körperschaftswälder über 100 Hektar auf die kommunale Holzverkaufsstelle keine besonderen Auffälligkeiten. Die Einrichtung der kommunalen Holzverkaufsstelle führt im Wesentlichen dazu, dass der Haushaltsplanansatz des Forstamts auf der Einnahmen- (Wirtschaftsverwaltung für den Körperschaftswald) als auch auf der Ausgabenseite (Personalausgaben und Dienstreisekosten) zu Teilen auf das Kommunalamt, Sachgebiet 114, Holzverkaufsstelle übergeht. Sofern einzelne kommunale Waldbesitzer sich gegen die Fortsetzung des Holzverkaufs bzw. die Übernahme der Wirtschaftsverwaltung durch das Landratsamt (Forstamt und kommunale Holzverkaufsstelle) entscheiden werden, werden den wegbrechenden Einnahmen auch verminderte Ausgaben gegenüberstehen, so dass keine wesentlichen Haushaltsauswirkungen zu erwarten sind.

### **Teilhaushalt 2 Gesundheit und Lebensraum**

**Seite 108 - 115**



öffentlich

**Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Amt 21 Seite 110**

Produktgruppen                      Seite 111 - 112

**Gesundheitsamt, Amt 22** **Seite 113**

Investitionsübersicht              Seite 114  
Produktgruppe                      Seite 113

**Landwirtschaftsamt, Amt 23** **Seite 115**

**Bauamt, Amt 30** **Seite 118**

Investitionsübersicht              Seite 119  
Produktgruppen                      Seite 121, 123 - 127  
Vorbericht                          Seite 23

**Baurecht/Kreisbaumeister**

Die Gebühreneinnahmen lagen zum Halbjahr 2016 ca. 17 % über dem Haushaltsansatz. Derzeit sind leider noch sehr viele eingegangene Bauanträge unbearbeitet. Die Gebühreneinnahmen werden 2017 im Vergleich zum Ansatz 2016 weiter steigen. Bezüglich des Hangrutsches Nusplingen sind 2016 bisher keine Kosten angefallen. Im Haushalt stehen für Maßnahmen 630.000,- € zur Verfügung. Die Ausgaben für den Hangrutsch haben 2015 ca. 190.000,- € betragen.

**Immissionsschutz**

2016 sind die Anzahl der Anzeige- und Genehmigungsverfahren im Immissionsschutz und damit auch das Investitionsvolumen gestiegen. Im 2. Halbjahr 2016 wurde ein Antrag für ein großes immissionsschutzrechtliches Verfahren (Windkraftanlagen der Winterlinger Bürgerenergie e. G.) gestellt. 2017 wird der Antrag für die Erweiterung des Steinbruchs Plettenberg erwartet, so dass sich die Gebühreneinnahmen 2017 positiv nach oben entwickeln werden. Aufgrund dieser Verfahren und das Interesse der Öffentlichkeit für diese Anlagen ist natürlich auch der Verwaltungsaufwand erheblich höher.

Die Zahl der Beschwerden über Lärm- und Geruchsbelästigungen sind seit 3 Jahren konstant. Durch eine gute Beratung und ggf. auch orientierende Lärmmessungen durch Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht können häufig Rechtsstreitigkeiten vermieden und Nachbarstreitigkeiten beigelegt werden.

**Rechts- und Ordnungsamt, Amt 44** **Seite 167**

Produktgruppen                      Seite 169 – 172, 174

**Hauptamt, Amt 50** **Seite 180**



**öffentlich**

Investitionsübersicht	Seite 181
Produktgruppen	Seite 186 – 190, 201
Vorbericht	Seite 56, 60 - 61

EDV- Projekte im Jahr 2017

Das Jahr 2016 war geprägt vom Ausbau der IT-Serverfarm (zur Verbesserung der Ausfallsicherheit), dem Austausch der Laserdrucker, Multifunktionsgeräte und Kopiersysteme im Landratsamt und den kreisangehörigen Schulen, aber auch durch eine Vielzahl an zusätzlichen Projekten in Folge der Umbaumaßnahmen, den Umorganisationen und Umzügen einzelner Fachämter, der Netzwerk-Erweiterung am Standort der technischen Dienststelle Hechingen bis hin zur Einführung eines Verfahrens zum Flüchtlingsmanagement. In Folge dieser Zusatzprojekte können nicht alle für 2016 geplanten Projekte fristgerecht umgesetzt werden; einzelne Maßnahmen z.B. zur IT-Ausfallsicherheit werden ins erste Halbjahr 2017 verschoben und sind mit 65.000 € erneut im Haushalt veranschlagt, da keine Haushaltsreste gebildet werden können.

Durch Verzögerungen in der Anwendungsentwicklung des Verfahrens DIMAG (Verfahren des DV-Verbundes zur Langzeitarchivierung) ist eine Realisierung erst im Jahr 2017 möglich. Die veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 17.500 € müssen deshalb erneut veranschlagt werden.

Für Fallpreise der Großrechnerverfahren (Kfz-Zulassung, Finanz-Buchhaltung, Abfallgebühren, etc.) beim kommunalen Rechenzentrum wurden rund 843.000 € veranschlagt. Es wurde eine Erhöhung der Fallpreise um 2,5 % einkalkuliert.

Die Jahreskosten für Datenleitungen (inkl. Anbindung an das Landesverwaltungsnetz) wurden mit insgesamt 202.000 € veranschlagt. Hier ist ein sukzessiver Umstieg vom bestehenden MPLS-Netz der KIRU auf gemietete Glasfaserleitungen geplant. Ende 2017 sollen rund 90% der EDV-Arbeitsplätze in Nebenstellen über eine schnelle Anbindung ans Hauptgebäude verfügen.

Die turnusmäßige Ersatzbeschaffung der EDV-Geräte erfolgt weiterhin nach einem 6-Jahres Zyklus. Hierfür wurde wieder ein Budget von 100.000 € aufgenommen.

Daneben wirkt sich in 2017 erstmals auch der Ausbau der IT-Ausfallsicherheit (+ 12.000 €), die Softwarewartung für das Verfahren zum Flüchtlingsmanagement (+ 20.000 €) sowie Mehrkosten im Bereich Feuerwehrwesen / ELW2 (+ 40.000 €) als Steigerung bei den Software- und Hardware-Wartungskosten aus.

Nachfolgende weitere Kosten im IT-Umfeld (größer 10.000 €) sind für 2017 in Planung:

•	Tablets für Kreisrätinnen und Kreisräte	42.000 €
•	Lizenzkosten Malware-Schutz für 3 Jahre	30.000 €
•	Ablösung bestehendes Mitarbeiter-Intranet	30.000 €
•	WLAN-Infrastruktur für Besprechungsräume und Foyer	18.000 €
•	Ausbau Sozialamtsverfahren	12.000 €



**öffentlich**

### Breitbandausbau im Zollernalbkreis

Für technische und juristische Beratung bei Planung und Bau des Kreisglasfasernetzes ist ein Ansatz von 50.000 € erforderlich. Dieser ist im Entwurf des Haushaltsplanes noch nicht enthalten.

### **Personalamt, Amt 51**

**Seite 202**

Investitionsübersicht	Seite 203
Produktgruppen	Seite 204 - 207
Vorbericht	Seite 62 – 66
Stellenplan	Seite 269 – 270

Die Personalkosten steigen von 35.179.300 € um 897.200 € (2,55 %) auf 36.076.500 €. Hauptgrund für die Steigerung ist die im Tarifvertrag für die Beschäftigten (TVöD) beschlossene Tarifierhöhung von 2,35 % ab 01.02.2017. Die Arbeitgeberanteile erhöhen sich um je 0,1 % bei der Pflegeversicherung ab 01.01.2017 und der Zusatzversorgung ab 01.07.2017. Die Besoldungserhöhung der Beamten wurde mit 2,2 % nach den Besoldungsgruppen zeitlich gestaffelt kalkuliert.

Folgende weitere Faktoren wurden bei der Hochrechnung und den Personalausgaben berücksichtigt:

- die Beihilfeumlage für Pensionäre und Witwen wird sich voraussichtlich deutlich erhöhen. Hier ergeben sich Mehrausgaben von 111.400 €.
- die Versorgungsumlage bei den aktiven Beamten bleibt mit 37 % konstant und steigt entsprechend der Besoldungserhöhung.
- bei der Hochrechnung 2017 wurde ein pauschaler Abschlag für freie (neue und frei werdende) Planstellen mit 8 % der durchschnittlichen Personalkosten je Stelle eingerechnet. Dies entspricht einer Bereinigung von - 84.700 €.
- die Kürzung der Jahressonderzuwendung um 4 % wurde eingerechnet (- 42.700 €). Mit dem „Einfrieren“ werden weitere Einsparungen erwartet, die jedoch als Puffer für die neue Entgeltordnung ab 01.01.2017 benötigt werden.
- die neue Entgeltordnung wurde nicht eingerechnet, da sich diese noch nicht abbilden lässt. Es wird mit Mehrausgaben in Höhe mit 1,7 % (Schätzung des KAV) gerechnet, die über die jährlichen Einsparungen kompensiert werden sollen.
- Erhöhung der UKBW-Umlage um 3 %

Im neuen Haushaltsrecht setzen sich die Personalkosten für 2017 zusammen aus:

Personalaufwendungen:	34.862.300 €
Versorgungsaufwendungen:	1.214.200 €
Summe:	36.076.500 €

Der Stellenplan 2017 umfasst 578,42 Stellen (2016: 581,62 Stellen). Es wurden insgesamt 15,75 neue Stellen beantragt. Diesen Stellen steht ein Abgang von 18,95 Stellen gegenüber. Per Saldo ergibt sich ein Netto-Stellenabgang von -3,2 Stellen. Ergänzend wird eine Stelle im Sondervermögen (Zollernalb Klinikum gGmbH) abgebaut.

Der Stellenabgang erfolgte größtenteils aus den 2015 und 2016 neu geschaffenen Stellen im Flüchtlingsbereich (LEA). Für die Untersuchung der Flüchtlinge werden die im Jahr 2016 im



## öffentlich

Gesundheitsamt geschaffenen 4,5 Stellen wieder abgebaut. Darüber hinaus wurden von den 2015 geschaffenen Stellen weitere 2,5 Stellen abgebaut, so dass sich im Gesundheitsamt ein Stellenabgang von 7,0 Stellen ergibt.

Von den im Jugendamt für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge geschaffenen 8,0 Stellen können 3,0 Stellen abgebaut werden. Allerdings mussten hiervon 1,5 Stellen für den Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe umgewandelt werden, da sich hier die Flüchtlingszahlen ebenfalls auswirken. Insgesamt konnten hier also 1,5 Stellen eingespart bzw. abgebaut werden.

Im Rechts- und Ordnungsamt, konnte ebenfalls eine Stelle im Bereich der Flüchtlinge abgebaut werden, die im Haushaltsjahr 2016 geschaffen wurde, aber nie besetzt war.

Insgesamt konnte somit von den 16,75 für „Flüchtlinge“ im Jahr 2016 geschaffenen Stellen nun bereits 7,0 abgebaut werden. Es ist davon auszugehen, dass weitere Stellen mit dem Wegfall der LEA im Jahr 2018 abgebaut werden können.

Nachrichtlich im Stellenplan sind die Klinikbeamten der Zollernalb Klinikum gGmbH mit 4 Stellen und der naldo-Geschäftsführer aufgeführt. Die Personalkosten für diese Stellen sind im Personalhaushalt enthalten und werden dem Landkreis ergebnisneutral erstattet.

## **Vermessung und Flurneuordnung Amt 52** **Seite 208**

Produktgruppen	Seite 209 -210
Vorbericht	Seite 67

### Vermessung

Die zu erwartenden Gebühreneinnahmen aus den gesetzlichen Aufgaben der unteren Vermessungsbehörde sind derzeit mit ca. 400.000 € jährlich einzuschätzen. Mehreinnahmen in den Gebühren im Jahr 2016 sind temporär bedingt durch die abschließende Bearbeitung von Baulandumlegungen.

Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Jahr 2017 neben den laufenden Vermessungen insbesondere sein:

Die Verbesserung der Geodateninfrastruktur durch Schaffung eines aktuellen Geobasisdatenbestands. Hierfür wird insbesondere die Erfassung des Gebäudebestands flächenhaft intensiviert.

Die Übernahme der Bodenschätzungen des Finanzamtes ins automatisierte amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem.

Die Rückführung unerledigter Veränderungsnachweise, die auf Grund nicht zustande gekommener Kaufverträge im Grundbuch nicht vollzogen werden können.

Die Ablösung noch vorhandener Dauerrisse und deren Überführung in die digitale Liegenschaftskarte.

Angepasst an die internen Bedürfnisse der verschiedenen Ämter des Landratsamts wird das Grafische Informationssystem (GIS) verstärkt weiterentwickelt.

### Flurneuordnung

Derzeit bearbeiten die Flurneuordnungsteams 8 Flurneuordnungsverfahren.

Durch die drei neuen Flurneuordnungsverfahren in Albstadt, Nusplingen und Geislingen-Erlaheim, die in 2016 angeordnet wurden, wird die gemeindliche Infrastruktur im Landkreis mit weiteren Fördermitteln von rund 3,1 Mio. € von Land, Bund und EU für



**öffentlich**

landwirtschaftliche Wege- und Wasserbaumaßnahmen, Bodenordnung und Landschaftspflege gestärkt. Weitere Flurneuordnungsverfahren sind in Vorbereitung.

**Teilhaushalt Landrat**

**Seite 211 - 226**

Vorbericht

Seite 68

**Kommunalamt**

Für die Vorbereitung und Durchführung der im Herbst 2017 anstehenden Wahl zum 19. Deutschen Bundestag im Wahlkreis 295 Zollernalb-Sigmaringen werden Haushaltsmittel bereitgestellt und Erstattungsbeträge des Bundes veranschlagt.

Das Bundeskartellamt hat dem Land Baden-Württemberg die gemeinsame Holzvermarktung von Staatswald, Körperschafts- und Privatwald weitgehend untersagt. Das Land ist gegen diesen Beschluss rechtlich vorgegangen. In der Übergangsphase bis zur Klärung durch Gerichtsentscheid wird die Kernforderung des Bundeskartellamtes hinsichtlich der Trennung des Holzverkaufs im Zollernalbkreis dergestalt umgesetzt, dass seit 15. September 2015 für den Verkauf von Nadelstammholz aus Körperschaftswald > 100 ha eine eigene kommunale Holzverkaufsstelle im Landratsamt eingerichtet ist.

Die Kommunale Holzverkaufsstelle ist organisatorisch, personell und räumlich von der unteren Forstbehörde getrennt und als Sachgebiet beim Kommunalamt angesiedelt. Dort wird auf Wunsch der kommunalen Waldbesitzer > 100 ha Nadelstammholz und Holz aus Selbstwerbungseinsätzen vermarktet. Zusätzlich werden von der Stadt Burladingen mit einem Waldbesitz > 3.000 ha alle Holzsortimente außer Brennholz vermarktet.

**Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft**

**Seite 227 - 231**

Vorbericht

Seite 69 – 75

Bei einem gleichbleibenden Hebesatz (31,5 %) würde sich das tatsächliche Kreisumlageaufkommen bedingt durch die überdurchschnittlich hohe Steuerkraftsumme um rd. 12,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Allerdings lösen diese Mehreinnahmen eine deutliche Reduzierung der Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 7,9 Mio. € aus. Weitere Mehreinnahmen werden für höhere Aufwendungen im Bereich der Sozialhilfe und den Anstieg der Verlustabdeckung bei der gGmbH Klinikum benötigt.

**Die Verwaltung schlug bei Drucklegung des Haushaltsentwurfs eine Senkung des Hebesatzes um 0,5 %-Punkte für 2017 vor.** Darauf basierend würde sich die Finanzsituation im Gesamten betrachtet wie folgt darstellen:

Verbesserungen der Jahresergebnisse 2015 und 2016 führen zu einem voraussichtlichen Stand der Allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 8,5 Mio. € zum 31.12.2016. Veranschlagte Kreditaufnahmen für die beiden Haushaltsjahre werden nicht benötigt, so dass sich der Schuldenstand inklusive Innerer Darlehen zum Ende des Jahres 2016 voraussichtlich auf 26,5 Mio. € belaufen wird.



### öffentlich

Der Ergebnishaushalt 2017 wird voraussichtlich mit einem positiven Saldo in Höhe von 3,8 Mio. € abschließen. Dies hat zur Folge, dass wir 2017 ungefähr 9,3 Mio. € Liquidität (Überschuss und erwirtschaftete AfA) erwirtschaften werden.

Zur Auszahlung der im Finanzhaushalt eingeplanten Investitionen und Tilgungen benötigen wir rd. 13,6 Mio. €, die wir mit dem Liquiditätsüberschuss abdecken können.

Im Ergebnis verbleibt dann der Mindestkassenbestand in Höhe von rd. 4 Mio. €, der nach der GemHVO für Liquiditätsschwankungen vorzuhalten ist.

Da sich nach der Drucklegung des Haushaltsentwurfs weitere Verbesserungen bei den Personalausgaben und dem Grunderwerbsteueraufkommen für das Haushaltsjahr 2016 von ca. 1 Mio. € abzeichneten, schlug Herr Landrat Pauli in der Haushaltsrede eine weitere Absenkung des Kreisumlagehebesatzes um 0,5 %-Punkte auf 30,5 % vor.

### 3. Änderungen

Alle Änderungen sind in der Liste, die als Anlage der Drucksache beigelegt ist, aufgelistet. Neben mehreren kleineren Änderungen ist hauptsächlich die Senkung der Kreisumlage um weitere 0,5%-Punkte, die Herr Landrat Pauli in der Haushaltsrede angekündigt hatte, ergebnisrelevant. Bei einem Kreisumlagehebesatz von dann 30,5 % ist das Kreisumlageaufkommen mit 83.040.000 € um 1.361.000 € niedriger als im Haushaltsplanentwurf geplant.

Entgegen der Empfehlung des Landkreistages, die einen Kopfbetrag in gleicher Höhe, wie im Vorjahr (633 €) vorschlug, haben wir mit einem höheren Kopfbetrag von 652 € pro Einwohner gerechnet. Nach Abschluss der Finanzverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land und dem Vorliegen der Novembersteuerschätzung wurde nun am 10.11.2016 der Kopfbetrag für 2017 mit 664 € mitgeteilt. Obwohl die Kommunen zur Finanzierung des Landeshaushalts einen weiteren Vorwegabzug von der Finanzausgleichsmasse in Höhe von 200 Mio. € hinnehmen mussten, liegt der Kopfbetrag aufgrund der Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern höher als angenommen. Die Schlüsselzuweisungen werden sich daher um 1.506.000 € erhöhen.

Außerdem ergeben sich nach dem zwischenzeitlich vorliegenden Entwurf des Haushaltserlasses Erhöhungen bei den Zuweisungen für die Aufgaben der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde von 122.000 € und für die Aufgaben nach dem Verwaltungsreformgesetz von 685.000 €.



**öffentlich**

Die Personalkosten wurden unter Berücksichtigung von evtl. Stufensteigerungen oder Beförderungen softwaregestützt für jede einzelne Stelle individuell hochgerechnet. In den vergangenen Jahren wurde der im Haushalt veranschlagte Gesamtbetrag an Personalkosten immer deutlich unterschritten. Dies resultiert aus Langzeiterkrankungen mit Wegfall der Lohnfortzahlung und temporäre Vakanzen bei Umsetzungen, Kündigungen, Schwangerschaften... .

Aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre können im Haushalt 2017 die Personalkosten pauschal um 1 % = 360.000 € gekürzt werden.

Der Stellenplanentwurf 2017 umfasst 578,42 Stellen. Seither wurden noch weitere Stellen durch die Fachämter angemeldet, die dringend notwendig sind. Hierbei handelt es sich um zwei Sachbearbeiterstellen beim Jugendamt, UVK aufgrund einer anstehenden Gesetzesänderung und einer 0,5 Sachbearbeiterstelle für Breitband. Darüber hinaus wurden in verschiedenen Bereichen Teilzeitanteile minimal erhöht oder reduziert.

Stellenplan 2016	581,62
Abgänge Flüchtlinge	- 8,60
Stellenzugänge	12,55
Stellenabgänge	- 5,25
<b>Stellenplan 2017</b>	<b>580,32</b>

Per Saldo ergibt sich ein Netto-Stellenabgang von -1,3 Stellen.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Technik (UT) am 14.11.2016 hat der UT den Empfehlungsbeschluss gefasst, dass der Vereinbarung über Kostenersatz für Naturschutzaufgaben (Natura-2000-Beauftragter) des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 7.11.2016 zugestimmt werden soll und der Normenkontrollantrag des Zollernalbkreises vom 29.2.2016 beim Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg zurückgenommen werden soll. Wenn der Kreistag dem Empfehlungsbeschluss folgt, kann aus dem Haushalt 2017 der Aufwand für Rechtsberatungskosten von 30.000 € gestrichen werden und eine Kostenerstattung des Landes von 45.000 € für die Stelle des Natura-2000-Beauftragten aufgenommen werden.

Insgesamt erhöht sich durch die Änderungen das Ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalt um 1.274.600 € auf 4.911.455 €. Im Finanzhaushalt ergibt sich eine Verbesserung des Finanzierungsmittelbestandes von -4.504.245 € auf -3.231.645 €, also um 1.272.600 €

Da der deutliche Anstieg der Steuerkraftsummen der Gemeinden in 2017 zu einem Großteil aus einem Einmaleffekt bei der Stadt Hechingen resultiert, ist anzunehmen, dass die Steuerkraftsummen für 2018 wieder rückläufig sein werden. Dies würde dann wieder zu einem geringeren Kreisumlageaufkommen führen. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, es bei der Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt auf einen Kreisumlagehebesatz von 30,5 % zu belassen.



**öffentlich**

## **Wirtschaftsplan 2017 für den Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“**

Wirtschaftsplan

Seite 001 - 013

### Erfolgsplan

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen für Abschreibungen des Gebäudebestandes von 5.997.850 € enthalten. Da der zweite Bauabschnitt des Krankenhauses Balingen in 2015 fertig gestellt und in Betrieb genommen worden ist, haben sich die Abschreibungen durch die Aktivierung des zweiten Bauabschnittes deutlich erhöht. Die Abschreibungen werden, soweit geförderte Investitionen abgeschrieben werden, gegen Sonderposten auf der Ertragsseite gebucht und sind damit ergebnisneutral. Lediglich der auf kreisfinanzierte Anlagen entfallende Anteil von 3.421.000 € wirkt sich auf das Ergebnis aus. Entsprechend eines Beschlusses des Kreistages soll dieser Betrag im Folgejahr gegenüber der Kapitalrücklage ausgebucht werden.

Die Buchhaltung des Eigenbetriebs verursacht 10.000 € EDV-Kosten. Für die Verrechnung des Aufwandes der Kämmerei, des Gebäudemanagements und Technik sowie des Rechnungsprüfungsamtes für die Verwaltung des Eigenbetriebs, wurden insgesamt 260.000 € veranschlagt. Hier nimmt der hohe Zeitaufwand für die Abwicklung der Baumaßnahme Krankenhaus Balingen nach deren Fertigstellung ab. Für Nebenkosten des Kiosk im Krankenhaus Albstadt wird mit 7.000 € gerechnet.

Die Verpachtung der Kioske in den Kreiskliniken Albstadt und Balingen erfolgt vom Eigenbetrieb im Rahmen eines steuerpflichtigen Betriebs gewerblicher Art (BgA), sodass der Vorsteuerabzug aus den Baumaßnahmen geltend gemacht werden kann. Die Pachtzahlungen sind umsatzabhängig geregelt. Für die Vermietung des Kiosks/Cafeteria in der Kreisklinik Albstadt wurden 27.000 € veranschlagt. Für den Kiosk Balingen wird mit Pachteinnahmen von 12.000 € gerechnet.

Im Gebäude Friedrichstr. 37/1 bei der Klinik Albstadt ist nur noch eine Außenstelle des Gesundheitsamtes untergebracht. Als Mieteinnahmen sind hier 8.700 € angesetzt. Das Forstamt Albstadt, welches bis 2015 dort auch noch untergebracht war, wurde wegen eines Kartellverfahrens aufgelöst und bei der Stadt Albstadt eine eigene Holzverkaufsstelle eingerichtet. Vom DRK ist eine Nutzungsentschädigung von 1.600 € für die Rettungswache beim Krankenhaus Albstadt zu erwarten.

Insgesamt ergibt sich ein Fehlbetrag von 3.648.000 €. Darin enthalten sind 3.421.000 € aus Abschreibungen und Anlagenabgänge, die vom Kreis gefördert wurden und daher entsprechend einem Beschluss des Kreistages im Folgejahr gegenüber der Kapitalrücklage ausgebucht werden. Somit verbleibt ein Fehlbetrag von 277.000 €.

### Vermögensplan

Der erste Bauabschnitt des Krankenhausneubaus Balingen konnte Ende Juli 2012 bezogen und in Betrieb genommen werden.



**öffentlich**

Der Kreistag hat am 25.07.2011 beschlossen, den zweiten Bauabschnitt nicht wie ursprünglich vorgesehen zu sanieren, sondern neu zu bauen, da die Sanierungskosten aufgrund neuerer statischer Anforderungen im Vergleich zu einem Neubau nicht wirtschaftlich sind. Der zweite Bauabschnitt wurde mit dem Hauptumzug am 27.7.2015 in Betrieb genommen. Die Gesamtkosten werden sich nach einer Berechnung der Projektsteuerung auf rund 90,56 Mio. € belaufen.

Bisher wurden aus der Förderzusage des Landes 95 %, also 31,350 Mio. € ausbezahlt. Zuweisungen des Landkreises erfolgen bis Ende 2016 in Höhe von 57,74 Mio. €. Die Restfinanzierung ist für 2017 mit 1,47 Mio. € restlichen Landesmitteln vorgesehen. Diese werden nach der Vorlage des Schlussverwendungsnachweises erwartet.

Nachdem die Krankenhausverwaltung bereits in 2015 aus ihren Übergangsbüros im Hochhaus in den 2. Bauabschnitt des Krankenhausneubaus Balingen umgezogen ist, wird das Hochhausgebäude mit dem Umzug des Gesundheitsamtes in das Zentrum am Fürstengarten in Hechingen leergeräumt werden können. Das Hochhausgebäude ist nicht mehr wirtschaftlich zu sanieren und soll daher abgerissen werden. Es wird mit 500.000 € an Abrisskosten gerechnet. Für die Planung des Abbruchs ist im Vermögensplan 2017 eine erste Rate von 25.000 € eingeplant. Für die restlichen Abbruchkosten wurde eine Verpflichtungsermächtigung von 475.000 € aufgenommen.